Beschlussvorlage Nr. 063/2022	Dez/Amt: I / 32.
	Bearbeiter: Walther, Torsten
	Status: öffentlich

	Beteiligte Bereiche: I., II., 20.		
Beratungsfolge	Status	Termin	Behandlung
Verwaltungsausschuss Stadtrat	nicht öffentlich öffentlich	03.05.2022 19.05.2022	Vorberatung Beschlussfassung

Betreff:

Antrag der Fraktion HBI-Grüne - Gründung eines Bürgerrates

Beschlusstext:

Der Bürgermeister der Stadt Heidenau bzw. die Verwaltung wird beauftragt, das Modell eines Bürgerrats, verbunden mit einer konkreten Fragestellung, in Heidenau modellhaft und zeitnah (ca. 2022) zu prüfen. Der Auswahlprozess und die Wahl der konkreten Fragestellung sind so zu gestalten, dass diese transparent für Stadtrat und Bürgerschaft sind. Abschließend erfolgt eine öffentliche Auswertung.

Abstimmungsergebnis:			
Gremium (Beratungsfolge)	1.	2.	
Anwesend			
JA-Stimmen			
NEIN-Stimmen			
Enthaltungen			
zugestimmt	☐	☐	☐
abgelehnt	☐	☐	☐
zurückgestellt	☐	☐	☐
Weiterleitung ohne Beschluss	☐	☐	☐
Schriftführer (Unterschrift)			

Finanzielle Auswirkungen:

Auswirkungen auf den Haushalt	HH-Jahr:
Buchungsstelle :	
Beträge in €	
• Mittel stehen haushaltsseitig zur Verfügung	
• Mittelbedarf	
Folgeaufwand (jährlich)	
• davon Sachkosten	
• davon Personalkosten	
Folgeertrag (jährlich)	

Bemerkungen zu finanziellen Auswirkungen

Zum gegenwärtigen Stand können noch keine Aussagen zu Art, Umfang und Höhe der finanziellen Aufwendungen getätigt werden. Erst im Ergebnis einer weiteren Prüfung und konzeptionellen Erschließung könnten finanzielle Aufwendungen – sowohl intern als auch extern – identifiziert und zahlenmäßig beziffert werden. Haushaltsmittel sowie Personalaufwendungen sind weder in der Haushaltsplanung 2022 noch in der mittelfristigen Finanzplanung 2023-2025 vorgesehen bzw. eingestellt.

Erläuterung:

Die Fraktion HBI-Grüne hat in der Sitzung des Stadtrates am 31.03.2022 den als Anlage 063/2022-1 beigefügten Antrag eingebracht. Nach § 36 Abs. 5 SächsGemO ist auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Stadträte oder einer Fraktion ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Stadtrates zu setzen, sofern der Stadtrat den gleichen Gegenstand nicht innerhalb der letzten sechs Monate bereits verhandelt hat; die Verhandlungsgegenstände müssen in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen.

Da der hier vorliegende Antrag von einer Fraktion eingebracht und dieses Thema innerhalb der letzten sechs Monate nicht vom Stadtrat behandelt worden ist, sind die formalen Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Antrages erfüllt. Der Verhandlungsgegenstand ist demnach auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 19.05.2022 zu setzen.

Der Antrag der Fraktion HBI-Grüne entspricht nahezu wortgleich einem Antrag der Fraktion Grüne-SPD, wie er bereits im Oktober 2021 in den Stadtrat in Pirna eingebracht worden ist. Der Stadtrat Pirna hatte daraufhin am 22.03.2022 mehrheitlich beschlossen, die Stadtverwaltung zu beauftragen, das Modell eines Bürgerrates verbunden mit einer konkreten Fragestellung in Pirna modellhaft auszuprobieren. Dazu soll die Stadtverwaltung mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) kooperieren, um die konzeptionellen Grundlagen zu erarbeiten. Der grundsätzliche Auswahlprozess und eine konkrete Fragestellung sollen transparent gemacht werden; zudem soll in Zusammenarbeit mit dem SMJusDEG eine Auswertung des Modellvorhabens „Bürgerrat“ sichergestellt und mit politischen Gremien diskutiert werden.

Ohne erste Ergebnisse und Erfahrungen des in unmittelbarer Nachbarschaft startenden Modellprojekts abzuwarten, wird durch die Fraktion HBI-Grüne nunmehr beantragt, auch in der Stadt Heidenau das Modell eines Bürgerrates zu prüfen. In der Antragsbegründung werden bereits konkrete Ausführungen gemacht, wie der Bürgerrat organisiert werden soll und mit welchen Inhalten/Aufgaben er befasst werden soll, um die „tiefen Gräben zwischen Verwaltung, Stadtrat und Bürgerschaft“ zu überwinden. Ein Bürgerrat könne die Bürgerbeteiligung mittels Dialog zwischen Bürgerschaft und Verwaltung im Prozess des Zusammenfindens/

–lebens in der Stadt aktivieren; Mitsprache und Dabeisein befördere die Zusammengehörigkeit und wirke dem Gefühl entgegen, dass „alles über die Köpfe hinweg entschieden wird“.

Nach den Vorstellungen der Antragsteller erfolgt die Zusammenstellung des Bürgerrates durch ein Losverfahren per Zufallsalgorithmus auf Grundlage des städtischen Melderegisters; unter den Heidenauer Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter von 16 – 90 Jahren sollen 80 Personen aus dem Melderegister der Stadt ausgelost und zur Mitwirkung in einem befristeten Bürgerrat angefragt werden. ... Die endgültige Zusammenstellung des Bürgerrats wird organisiert und durchgeführt von einem unparteiischen Beauftragten der Stadt Heidenau in Zusammenarbeit mit einer unabhängigen Institution (z.B. VHS, Verein etc.). Am Ende des Rückmelde- und Auswahlprozesses steht erfahrungsgemäß ein Bürgerrat mit ca. 25 bis 30 Mitgliedern. ... Der Bürgerrat tritt konstituierend zusammen, klärt miteinander Anzahl, Art und Zeitpunkte von Treffen sowie ggf. notwendigen weiteren externen Sachverstand. Er wird moderiert von einem neutralen, erfahrenen und ausgebildeten Moderatorenteam, das die Arbeitsform erklärt, Diskussionen und Kleingruppen und Plenum strukturiert und meinungsbildende Methoden bereithält.

Nach der Überzeugung der Antragsteller soll das Projekt „Bürgerrat Heidenau“ insbesondere Vertrauen in die Verwaltungsarbeit bringen und Transparenz nicht nur für die Stadträte, sondern auch für die Bürger, schaffen.

Stellungnahme der Verwaltung:

In ihrem Koalitionsvertrag haben sich die drei Regierungsparteien in Sachsen darauf geeinigt, neuen Formen der politischen Bürgerbeteiligung einzuführen, um die Bevölkerung besser in Entscheidungsprozesse einzubinden. Dazu hat das SMJusDEG eine Reihe von Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht, u.a. Anfang 2022 eine neue Förderrichtlinie Bürgerbeteiligung verabschiedet, die es Kommunen ermöglicht, finanzielle Unterstützung und inhaltliche Beratung für die Planung und Durchführung lokaler Beteiligungsformate zu beantragen. Aber auch das im Februar 2022 beschlossene Dritte Gesetz zur Fortentwicklung des Kommunalrechts stärkt insoweit die Instrumente, die Bürgerinnen und Bürger aktiver und transparenter in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Der Antrag der Fraktion HBI-Grüne basiert auf dem Grundgedanken und der Unterstellung, dass (auch in der Stadt Heidenau) das allgemeine Interesse an der kommunalen Gremienarbeit unter einem erheblichen Vertrauensverlust leidet und allein deshalb das Interesse an politischen Themen, die in die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der örtlichen Gemeinschaft fallen, nachhaltig gestört ist. Grundsätzlich muss an dieser Stelle angezweifelt werden, ob diese Behauptung zu den vermeintlichen Ursachen den Realitäten in der Stadt Heidenau entspricht, wenn man allein auf diejenigen Angelegenheiten abstellt, die in den Zuständigkeits-/Verantwortungsbereich der Stadt bzw. des Stadtrats fallen. Es mag sein, dass gewisse Vertrauensverluste und das Gefühl eines „Ausgeliefertsein“ für manche Entscheidungen, die auf Landes-, Bundes- oder Europaebene getroffen werden, nicht ausgeschlossen werden können. Die politische Meinungsbildung innerhalb der örtlichen Gemeinschaft ist in Heidenau in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten stets durch eine kooperative und konstruktive Zusammenarbeit auf der Ebene des Stadtrates und seiner

Ausschüsse erzielt worden. Es wurde und wird regelmäßig der Versuch unternommen, die interessierte Öffentlichkeit frühzeitig an Vorhaben teilhaben zu lassen und in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Beispielhaft seien hier regelmäßig stattfindende Einwohnerversammlungen, öffentliche Informationsveranstaltungen zu größeren Bauvorhaben oder eben auch die öffentlichen Gremiensitzungen bzw. die gesetzlich vorgesehenen Bürgerbeteiligungsverfahren (z.B. beim Haushaltsplanentwurf oder im Bauleitplanverfahren) genannt. Die – entgegen den bisher geäußerten datenschutzrechtlichen Bedenken – seit Februar 2022 zugelassene Veröffentlichung von Sitzungsunterlagen öffentlicher Stadtratssitzungen im Internet schafft für die interessierte Öffentlichkeit ebenfalls einen deutlichen Schritt zu mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen, die im Stadtrat getroffen werden.

In der Gesamtbetrachtung muss wohl aber – zumindest für die Stadt Heidenau – konstatiert werden, dass es bei dem bereits seit Jahren bestehenden Streben nach (mehr) Bürgerbeteiligung an der „interessierten Öffentlichkeit“ mangelt. Das allgemeine Interesse an den stetig wiederkehrenden Informationsangeboten beschränkt sich in aller Regel auf einen von einer bestimmten Maßnahme konkret betroffenen (engen) Personenkreis (z.B. bei geplanten Straßenbaumaßnahmen) oder auf einen immer wiederkehrenden, zahlenmäßig sehr begrenzten Personenkreis.

Wenn im Wege eines Losverfahrens per Zufallsalgorithmus insgesamt 80 Personen zwischen 16 und 90 Jahren aus dem Melderegister der Stadt Heidenau ausgewählt und für eine Mitarbeit in einem Bürgerrat angehalten werden sollen, besteht die (statistisch belegbare) Wahrscheinlichkeit, dass hier auch Personen ausgewählt werden, die ein grundsätzliches politisches Desinteresse haben, die die Öffentlichkeit nicht an ihrer Meinungs- und Willensbildung teilhaben lassen wollen oder die über extremistische Ansichten und Weltanschauungen verfügen. Damit sollen nur einige wenige Aspekte genannt werden, die für die 80 Auserwählten einschlägig sein könnten.

Zu der Frage „Was bringen Bürgerräte?“ werden auf der Homepage www.buergerrat.de folgende Argumente aufgeführt:

- **Zeit und Raum für echte Debatten:** Die sozialen, wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Folgen von Maßnahmen können gut durchdacht und besprochen werden.
- **Aufbau von Vertrauen:** Die Teilnehmenden verstehen die Arbeit der Politik besser. Sie kommen auch untereinander jenseits von Informationsblasen und Echokammern in Kontakt.
- **Wegweiser-Funktion:** Die Politik nimmt die Bevölkerung besser wahr und weiß bei konkreten Maßnahmen genau, bis wohin die Bürgerinnen mitgehen können und wollen. Mehrheitsfähige Lösungen werden sichtbar.
- **Mehr als Meinungsumfragen:** Bürgerräte ermöglichen inhaltliche Vertiefung, Auseinandersetzung mit Fachwissen, Diskussion und persönlichen Austausch.
- **Einbindung aller:** Das Phänomen, dass sich bestimmte soziale Gruppen wenig politisch beteiligen, wird vermindert. Dafür sorgt vor allem das Losverfahren, aber auch die Zahlung von Verdienstausschlag, Unterstützung bei Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen und Übersetzung.
- **Lobbykontrolle:** Das Verfahren ist transparent und wenig anfällig für Lobbyeinflüsse.
- **Wertschätzung:** Die Diskussion verläuft fair und faktenbasiert. Wenn Menschen einander direkt begegnen, haben Hass und manipulierte Nachrichten kaum eine Chance.
- Die **Ergebnisse unterstützen Parlamente und Räte** bei Entscheidungsprozessen.

Ob die vorstehenden Argumente, die für die Installation und die Sinnhaftigkeit/Zweckmäßigkeit eines Bürgerrates sprechen können, für eine kreisangehörige Gemeinde mit 16.500 Einwohnerinnen und Einwohnern so tragend sind, dass ohne konkreten Anlass und ohne konkretes Thema ein Modellprojekt zu starten wäre, ist durchaus

in Frage zu stellen. Beim Prinzip einer repräsentativen Demokratie werden politische Sachentscheidungen im Gegensatz zur direkten Demokratie nicht unmittelbar durch die Einwohnerschaft selbst, sondern durch gewählte Stadträtinnen und Stadträte getroffen; diese werden alle 5 Jahre gewählt und entscheiden eigenverantwortlich. Dieses System weist u.a. den im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen die Aufgabe zu, als (politisches) Bindeglied zwischen der Einwohnerschaft, der interessierten Öffentlichkeit und dem Gemeindeparlament zu fungieren. Nicht zuletzt weist die Regelung des § 35a Abs. 2 SächsGemO den Fraktionen im Gemeinderat die Aufgabe zu, „bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung des Gemeinderats“ mitzuwirken. Die notwendige Fraktionsarbeit, der auch hier mangels einer „interessierten Öffentlichkeit“ größtenteils ihre Grenzen aufgezeigt werden, kann nicht durch den Versuch, einen Bürgerrat zu etablieren und Einwohnerinnen und Einwohner für eine Mitarbeit „zwangszu verpflichten“, ersetzt werden.

Nach einer aktuellen „Bestandsliste“ (Quelle: www.buergerrat.de) sind derzeit ca. 60 bis 70 Bürgerräte in der gesamten Bundesrepublik Deutschland aktiv. Diese sind größtenteils in Großstädten, Landkreisen oder gar ganzen Regionen etabliert oder in der Konstituierung. Bei der Gesamtbetrachtung ist an dieser Stelle aber insbesondere auffällig, dass ein Bürgerrat ganz überwiegend zu einem konkreten Projekt oder einem konkret abgrenzbaren Thema installiert worden ist. Die hier vom Antragsteller angestrebte Vorgehensweise, einen Bürgerrat aufzubauen und ihn dann anschließend mit einem konkreten Thema zu befassen, dürfte bereits in der ersten Näherung mit diesem Thema nicht als zielführend anzusehen sein.

Als ein weiteres wesentliches Argument, welches gegen die Installation eines Bürgerrats spricht, ist an dieser Stelle zu benennen, dass die notwendige Verwaltungskraft – sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht – innerhalb der Stadtverwaltung für diese Zwecke nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Mindestens die notwendige konzeptionelle (Vor-)Arbeit als auch das Verfahren zur Installation, Besetzung und Konstituierung des Bürgerrates sind in der Verantwortlichkeit der Stadtverwaltung entscheidend und zeit-/personalaufwändig zu begleiten, wofür personelle Ressourcen bis dato nicht zur Verfügung stehen. Die notwendigen finanziellen Aufwendungen für Konzeption, Installation und regelmäßige Arbeit eines Bürgerrates sind zum heutigen Zeitpunkt nicht, auch nicht nur ansatzweise, zu beziffern. Wenn jedoch vom Antragsteller bereits jetzt beispielsweise auf einen „unparteiischen Beauftragten der Stadt Heidenau“, die „Zusammenarbeit mit einer unabhängigen Institution“, die Hinzuziehung „ggf. notwendigen weiteren externen Sachverständes“ oder die Moderation „durch ein neutrales, erfahrenes und ausgebildetes Moderatorenteam“ abgezielt wird, sind auch für externe Leistungen finanzielle Aufwendungen in einem nicht zu vernachlässigenden Umfang zu erwarten. Nach der Förderrichtlinie Bürgerbeteiligung besteht zwar grundsätzlich die Möglichkeit, dass derartige finanzielle Aufwendungen mit bis zu 90 % der zuwendungsfähigen Kosten gefördert werden; allerdings besteht ein Rechtsanspruch auf Förderung grundsätzlich nicht, die Förderung ist auf einen Höchstbetrag von insgesamt 10.000 € begrenzt und es verbleibt in jedem Fall ein gemeindlicher Eigenanteil von mindestens 10 %.

Beschlussempfehlung der Verwaltung:

Unter Verweis auf die vorstehenden Ausführungen und im Hinblick auf die nicht gesicherte Finanzierung der diesbezüglichen personellen und finanziellen Aufwendungen (in nicht abschätzbarer Höhe) empfiehlt die Verwaltung, den Antrag der Fraktion HBI-Grüne abzulehnen.

Die Beschlussempfehlung erfolgt unter dem ausdrücklichen Hinweis, dass das in der Nachbarstadt Pirna mit dem Beschluss des Stadtrates vom März 2022 gestartete Modellprojekt aufmerksam verfolgt wird und anhand der dortigen Erfahrungen, Ergebnisse

und Erkenntnisse zu gegebener Zeit über die Etablierung eines Bürgerrates in der Stadt Heidenau befunden werden kann.

Anlagen:

Anlage 063/2022-1:

Antrag der Fraktion HBI-Grüne vom 31.03.2022 – Gründung eines Bürgerrates

Bürgermeister

Diese Vorlage wird nach Unterzeichnung des Originaldokuments ohne Schriftzug des Zeichnungsberechtigten für die digitale Gremienarbeit bereitgestellt! Nur das Original der Vorlage trägt eine Unterschrift!